Grüne: Bund soll mehr in Verkehr investieren

Sprecher kritisieren schwarz-roten Koalitionsvertrag / „Europas Zukunft stiefmütterlich behandelt“

VON WIGBERT GERLING

Bremen. Die Grünen haben gestern den Vertrag für das geplante Regierungsbündnis von CDU und SPD auf Bundesebene kritisiert und unter anderem beklagt, dass der Ausbau der Versorgung mit erneuerbarer Energie „abgebremst“ werde. Ebenso „halbherzig“ wie in der Energiepolitik, so der neue grüne Parteisprecher Ralph Saxe, wolle eine schwarz-rote Regierung in die Verkehrspolitik investieren. Ein Betrag von sechs Milliarden Euro für vier Jahre reiche bei Weitem nicht aus, um dem Investitionsstau zu begegnen, der auch in Bremen für Probleme sorge und vor Ort finanziell nicht zu klären sei.

Henrike Müller, neben Saxe die Sprecherin in der grünen Parteispitze, bemängelte gestern in ihrem Kommentar zum ausgehandelten Koalitionsvertrag von Union und SPD, dass die Zukunft Europas stiefmütterlich behandelt werde – und dies im Vorfeld der Europawahl im Mai 2014. In dem schwarz-roten Papier werde zwar in der Überschrift ein „starkes Europa“ gefordert, tatsächlich aber gehe es offenbar mehr um „ein starkes Deutschland in Europa“. Es seien wenige Ansätze für eine solidarische Politik und langfristige Perspektiven der europäischen Zusammenarbeit erkennbar, kritisierte die Landesvorstandssprecherin. Von einer großen Koalition auf Bundesebene hätte man „große Entwürfe erwarten“ müssen.

Zum schwarz-roten Verhandlungsergebnis bei der Bildungspolitik sagte Henrike Müller, der geplante Ausbau der Ganztagsschulen werde befürwortet – geknüpft an die Hoffnung, dass Bremen davon profitiere. Mit Blick auf die Hochschulen beklagte sie, dass – anders als die Forschung – die Lehre „stark unterfinanziert“ sei. Die Grüne bezog sich dabei auch auf das umstrittene Kooperationsverbot, das einer dauerhaften Verzahnung von Bund und Ländern bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung entgegenstehe. „Die Aufhebung des Kooperationsverbots wäre gut – es wurde eine Chance verpasst,“ betonte sie.

Gefragt nach der finanziellen Unterstützung der Hansestadt für die Jacobs University in Grohn, ergänzte Parteichef Ralph Saxe, die Frage habe bei den Grünen für „heftige Diskussionen“ gesorgt. Wenn der privaten Universität jetzt noch einmal 15 Millionen Euro zugebilligt würden, müsse damit dann aber „auch wirklich Schluss sein“.